Zeno-Zeitung

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 65 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dingverloer Straße 55 (L. Florack); Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Nummer 326 | Montag, den 25. November 1935 | Jahrgang 1935

Italien droht mit schärfsten Kampfmaßnahmen gegen weitere Sanktionen.

Die Auswirkungen des Sanktionsexperiments. — „Oel und Eisen — oder Genf!"

„Die waghalsigsten Folgen."

▲ **Rom**, 24. November.

Die Absicht der Sanktionsmächte, auch die Ausfuhr von Eisen, Erz und Petroleum nach Italien zu unterbinden, hat bereits eine starke diplomatische und publizistische Abwehraktion ausgelöst, aus der hervorgeht, wie sehr dieser neue Schritt des Völkerbunds die internationale Spannung verschärfen wird.

Auf einem Empfang der ausländischen Presse erklärte der Staatssekretär im Presseministerium, Alfieri, daß die italienische Regierung „ihre Stellung im Völkerbund einer sorgfältigen Prüfung unterziehen müsse, wenn die bisherigen Ausfuhrverbote der Sanktionsländer auch auf Oel, Eisen und Erz ausgedehnt werden sollten".

Die Ankündigung des Austrittes aus dem Völkerbund kommt im gegenwärtigen Augenblick sehr überraschend. Er war ursprünglich für den Fall in Aussicht gestellt, daß Italien „ die geringste moralische Diskriminierung" in Genf erfahren werde. Die Sanktionen waren zeitweilig als Kriegsfall bezeichnet worden. Wenn die italienische Regierung in beiden Fällen ihre Haltung später abschwächte, so war für sie hierbei der gute Grund maßgeblich, die Vermittlungsversuche Frankreichs nicht noch weiter zu belasten und spätere Wiederanknüpfungsversuche, die nach der These Englands auf dem Boden des Völkerbundes erfolgen müßten, noch nicht völlig auszuschließen.

Wenn die italienische Regierung jetzt einen so weittragenden Schritt, wie ihren Austritt aus dem Völkerbund, in Erwägung zieht, so beweist das nicht nur die Bedeutung der Interessen, die von einem Ausfuhrverbot von Eisen, Erz und Petroleum getroffen würden, sondern auch die dem ganzen Sanktionsverfahren innewohnende Tendenz, auf eine restlose Austragung des Konfliktes hinzutreiben. Auch in der Umgebung der französischen Botschaft, die das sicherste Barometer für den jeweiligen Stand der diplomatischen Fühlungnahme geworden ist, herrscht hinsichtlich der weiteren Entwicklung der internationalen Situation ein uneingeschränkter Pessimismus.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia" geißelt in scharfen Worten die Ausführungen des Präsidenten des Genfer Sanktionsausschusses, Vasconcellos, in einem portugiesischen Blatt, wonach der Frieden Europas bedroht wäre, falls die Sanktionen keinen Erfolg hätten. Den Frieden könne man nicht erhalten, so führt das italienische Blatt aus, wenn man einem Volk die Hand an die Gurgel lege, sondern nur durch wahre Eintracht unter allen Völkern. Die Verherrlichung des „Sanktionismus" durch den portugiesischen Vertreter führe dazu, das „Sanktionsexperiment" gegen Italien weiter auszuprobieren. Angesichts der neuen Genfer Tagung, auf der man neue Beschlüsse, wie das Petroleum- und Eisenausfuhrverbot nach Italien, erzwingen wolle, könne diese blinde Tollheit die waghalsigsten Folgen haben.

Wenn man wirklich glaube, daß die Sanktionspolitik die Grundlage des Friedens und der Sicherheit Europas sei, und wenn man ihren Mißerfolg als ein tragisches Unheil für Europa ansehe, werde man sich zweifellos keine Beschränkungen auferlegen, sondern den italienischen Widerstand bis zum äußersten mit vermehrten und härteren Maßnahmen zu treffen suchen.

Man müsse jedoch auf die Verhärtung der italienischen Antwort gefaßt sein, die nicht aus eigener Initiative entstanden, sondern nur durch Genf herausgefordert worden sei.

Die Mittel, die zum vollkommenen Erfolg der Sanktionspolitik führten, wie diese die Genfer Mentalität ersehne und seine anti-italienischen Vorkämpfer herbeiwünschten, seien jedoch keinesfalls Mittel zu einer internationalen Klärung und zum Frieden. Man müsse sich fragen, wieweit es Genf treiben wolle, welche Vorstellungen es vom Frieden und von der europäischen Ordnung von morgen und welche Ahnung es vor allem weniger von den Rechten als vom Stolz Italiens habe.

Italienische Schritte in den Oelausfuhrländern.

DNB **Paris**, 24. November.

Die Pariser Presse, die die Besuche der englischen Botschafter in Paris und Rom bei den dortigen Ministerpräsidenten hervorhebt, bespricht einerseits die Fortsetzung der Vermittlungsfühlungsnahme, andererseits aber auch die Möglichkeit eines Petroleumzufuhrverbotes, das nach ihrer Ansicht den Sanktionsmaßnahmen eine besondere Härte geben würde.

Der „Matin" hält eine solche Verschärfung der Sanktionsmaßnahmen in dem jetzigen Augenblick für ungeeignet, da sich Frankreich und England gerade wieder um eine Vermittlung bemühten.

Das „Echo de Paris" weist darauf hin, daß sich Italien die bisherigen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen zwar habe gefallen lassen, daß es aber eine Sperrung der Oelzufuhr als feindselige Handlung ansehen würde. Diese Ansicht hätten auch die Botschafter Italiens in London, Washington und Moskau, sowie die italienischen Gesandten in Bukarest und im Haag mitgeteilt.

Nach dem Urteil des Außenpolitikers des „Echo de Paris" könne sich aber der Genfer Verbindungsausschuß nur schwer mit milden Sanktionsmaßnahmen begnügen, wenn er nicht gegen den Artikel 16 verstoßen wolle. Frankreich gehöre nicht zu den Ländern, die Petroleum ausführen, es kaufe vielmehr selbst im Ausland seinen Petroleumbedarf. Deshalb brauche sich auch Frankreich nicht in den Mittelpunkt der Aussprache ziehen zu lassen, sondern es könne diese Angelegenheit Rom, London, Washington, Moskau, Bukarest und dem Haag überlassen.

Benzinknappheit in Italien

DNB **Rom**, 24. November.

Das nach Auslandsnachrichten als unmittelbar bevorstehend angesehene Benzinausfuhrverbot der sanktionführenden Staaten nach Italien, dem sich auch die Vereinigten Staaten anschließen werden, muß zwangsläufig für Italien eine große Benzinknappheit bringen. Nachdem die Preise bereits erheblich gestiegen sind, werden jetzt einschneidende Sparmaßnahmen erwartet. Zahlreiche Autobuslinien in Rom wurden bereits eingestellt. An sämtliche Autobesitzer Italiens ergeht die Aufforderung, ihre Wagen nur zu den dringendst notwendigen Geschäften zu benutzen und auf jegliche Vergnügungsfahrten zu verzichten. Den Autobesitzern wird empfohlen, für längere Strecken die Eisenbahn zu benutzen. Man spricht bereits davon, daß eine Vorschrift erlassen werden wird, die die Benutzung von Autos am Sonntag verbietet.

Sanktionsmüdigkeit in England?

Die französischen Schwierigkeiten.

£ **London**, 24. November.

Mehrere Sonntagsblätter melden aus Genf, es sei zu erwarten, daß am 16. Dezember ein internationales Verbot der Oelausfuhr nach Italien in Kraft treten werde. Das geplante Oelembargo sei in den Unterredungen Lavals mit dem britischen und dem italienischen Botschafter am Sonnabend erörtert worden.

Der weiteren Entwicklung der Sanktionspolitik sieht man in London nicht ohne Befürchtungen entgegen, wobei besonders auch die schwierige innerpolitische Lage Frankreichs als wichtiger Faktor betrachtet wird. So glaubt der „Sunday Dispatch", daß

die französische Krise möglicherweise dem ganzen außenpolitischen Feld ein anderes Gesicht geben werde. Lavals Schwierigkeiten bei seinen Bemühungen, den Franc zu retten, und die Unruhen in Frankreich könnten die Anwendung der Sanktionsmaßnahmen von Seiten Frankreichs schwächen.

Die englische Regierung sei sich dieser Möglichkeit bewußt und bemühe sich daher, weitere Francstürze zu vermeiden. Auch Washington habe sich dieser Unterstützungsaktion angeschlossen. Man befürchte außerdem, daß Laval vielleicht versuchen werde, ein besonderes Friedensabkommen mit Mussolini zustande zu bringen. Die neuen englisch-französischen Besprechungen in Paris zielten auf eine Verhinderung dieser Möglichkeiten ab.

Nach den Sonntagsblättern zu schließen, ist in der englischen Oeffentlichkeit eine gewisse Sanktionsmüdigkeit eingetreten. So schreibt Scrutator in der „Sunday Times", die beste und vielleicht einzige Möglichkeit eines Friedens liege nicht in der Aufrechterhaltung des Völkerbundsstatuts in seiner jetzigen Form, sondern in seiner völligen Abänderung. Artikel 16 müsse dahin abgeändert werden, daß das Vorgehen des Völkerbundes nur noch auf eine „Mobilisierung des Völkergewissens" und auf rein moralische und juri-

Die Einweihung der ersten Reichsschulungsburg Erwitte.

Drei weitere gewaltige Ordensburgen zur weltanschaulichen Schulung erstehen in der Eifel, im Allgäu und in Pommern.

Feierliche Uebergabe durch Dr. Ley.

DNB **Lippstadt**, 24. November.

Am Sonntagmittag wurde die erste große Reichsschulungsburg Erwitte in der Nähe von Lippstadt im Rahmen einer politischen Großkundgebung durch Reichsorganisationsleiter Dr. Ley geweiht und übergeben.

Neben der alten mit der Geschichte und Kultur Westfalens eng verbundenen Wasserburg Erwitte, die im Auftrage der Deutschen Arbeitsfront nach den Entwürfen von Baurat Schulte-Frohlinde innen und außen erneuert und umgebaut wurde, und neben dem alten Renteigebäude, ist ein neues Verwaltungshaus sowie ein Wohnhaus für Lehrer und Angestellte geschaffen worden. Abseits von dem Treiben der Großstätte können hier in jedem Lehrgang 300 Teilnehmer erfaßt werden. Der erste Lehrgang, der bereits seit dem 10. November läuft, umfaßt Hoheitsträger und Kreisamtsleiter aus allen Teilen des Reiches. Zu der Einweihungsfeier waren neben dem Gauleiter von Westfalen-Süd und Schlesien, Josef Wagner, Vertreter aller Parteigliederungen des Staates und der Wehrmacht erschienen. Auf der großen Festwiese, in deren Mitte ein Ehrenmal für die Gefallenen errichtet worden ist, marschierten die Formationen der SA, SS und des NSKK, der Politischen Leiter, der Reichsarbeitsdienst, HJ und Jungvolk auf. Fanfaren begrüßten den Reichsorganisationsleiter Dr. Ley. Musik und Sprechchor leiteten die Feier ein.

Reichsschulungsleiter Dr. Frauendorfer dankte in seiner Begrüßungsansprache dem Reichsorganisationsleiter für die planmäßige Durchführung des Schulungshauses und die Schaffung dieser Stätte, die eine Hochburg nationalsozialistischer Weltanschauung werden solle

Gauleiter Josef Wagner

hob in seiner Ansprache hervor, daß es sich nicht darum handele, Wissen und Bildung zu vermitteln, sondern eine Stätte zu schaffen, in der die jungen Menschen von der Weltanschauung des Nationalsozialismus geformt werden. Eine weltanschauliche Schule solle erstehen, in der die Menschen erzogen werden sollen, die Ideen des Führers in das Volk hineinzutragen. Hier sollten sie die Fähigkeit erhalten, an Hand dieser großen Richtlinien das Leben zu meistern.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley

gab zunächst eine Rückschau auf zwei Jahre weltanschaulicher Schulungsarbeit. Mit Stolz und Genugtuung könne man sagen, daß diese zwei Jahre von gewaltigem Erfolg gekrönt seien und der Bewegung im Kampf mit den Mächten der Finsternis und mit den Gegnern Deutschlands außerordentlichen Nutzen gebracht hätten. In 100 Gauschulen und sechs Landesschulen sei vorbildliche Arbeit geleistet worden.

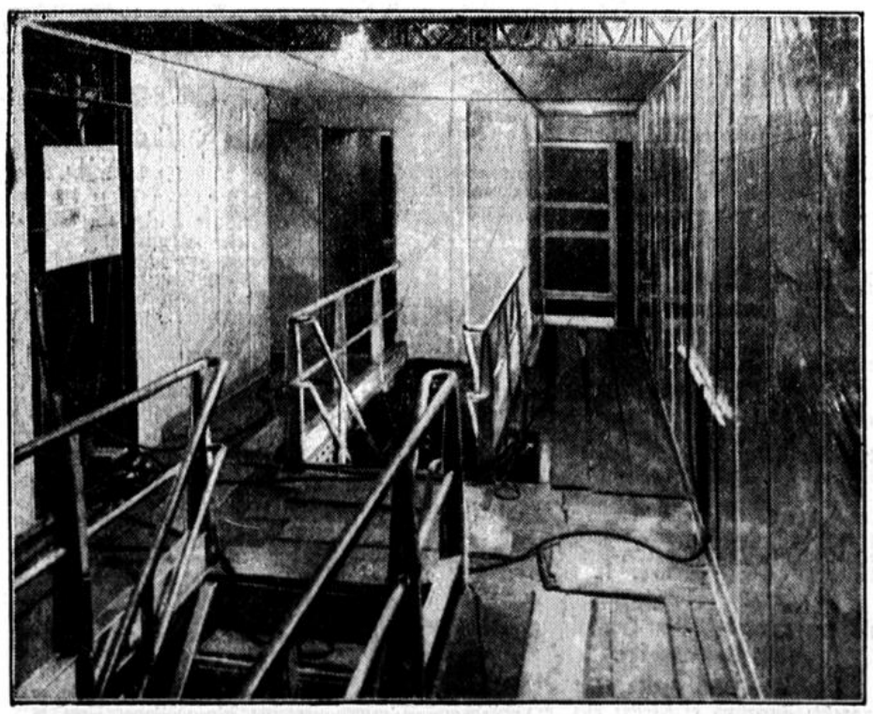
Zu der ersten größeren Reichsschulungsburg, die heute eröffnet werde, würden im nächsten Frühjahr drei gewaltige Kulturwerke, drei Ordensburgen, hinzukommen, die so groß und gewaltig seien, wie es ähnliche in Deutschland bisher nicht gegeben habe. Diese Burgen in der Eifel, im Allgäu und in Pommern würden zum 1. Mai dem Führer und der Partei übergeben. Dann könnten jährlich Tausende junger Menschen geschult und erzogen und ins Land hinausgeschickt werden mit dem Glauben an den Führer, an die Richtigkeit und Klarheit der nationalsozialistischen Idee.

Dr. Ley gedachte der Millionen deutscher Männer, die ihr Leben für Deutschland hingegeben haben, damit Deutschland leben könne. Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden senkten sich die Fahnen zum Gedenken an die Toten des Weltkrieges, an die Gefallenen der Bewegung und an die Opfer der Arbeit. Ihnen zum Gedächtnis weihte Dr. Ley das Ehrenmal. Dann übergab er die Schule dem Reichsschulungsleiter Dr. Frauendorfer mit dem Wunsch, daß in dieser Schule der Geist des Glaubens, der Treue und der Kameradschaft immer zu Hause sein möge. Der Glaube an Deutschland, an seinen Führer und an den Nationalsozialismus solle unerschütterlich sein. Diese Schule solle ein Fundament werden, damit Deutschland ewig lebe. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Heilruf auf den Führer, auf Deutschland und auf Deutschlands Freiheit.

Im Ehrenhof, in dem der erste Lehrgang und die beim Bau beschäftigt gewesenen Arbeiter angetreten waren, sprach Dr. Ley allen am Werk Beteiligten seinen Dank aus. Das Werk sei einfach, schlicht, zweckmäßig und schön geworden. Zum ersten Mal stieg dann am Mast die deutsche Freiheitsfahne empor.

Baurat Schulte-Frohlinde sprach im Namen der Arbeiter, Gesellen und Meister, der Bauleiter und der beteiligten Künstler, die alle stolz und glücklich seien, an einer so großen Aufgabe mitgearbeitet zu haben. Der Reichsschulungsleiter übergab die Schlüssel dem Leiter der Burg, Pg. Joest.

Das Treppenhaus im neuen Zeppelin.



Auf der Zeppelin-Werft in Friedrichshafen geht der neue Luftriese „LZ 129" seiner Vollendung entgegen. Der neue Zeppelin hat eine Länge von 280 m und einen Höchstdurchschnitt von 41,2 m. Bereits Mitte nächsten Monats soll die erste Probefahrt erfolgen. Wie großzügig die innere Einrichtung des Luftschiffes ist, erkennt man aus dieser Aufnahme von dem Treppenhaus zu den Fahrgasträumen. (Scherl-Bilderdienst-M.)

Die wichtigsten Sportereignisse.

In der Vorschlußrunde um den Fußball-Vereinspokal blieben Schalke 04 in Dortmund über FC Freiburg mit 6:2 und 1. FC. Nürnberg in Nürnberg über SV Waldhof mit 1:0 Sieger. — Der Länderkampf Italien gegen Ungarn endete 2:2.

Das Handball-Länderspiel Ungarn gegen Deutschland gewannen die Deutschen in Budapest 17:4.

In Düsseldorf wurde ein Eisstadion eröffnet.

Beim internationalen Schwimmfest in Düsseldorf schlug der Gau Niederrhein Holland 5:3.

Den Radländerkampf Belgien gegen Deutschland in Antwerpen entschied Belgien mit 2:1 für sich. — Zims-Küster gewannen in Gent, Merkens in Kopenhagen.

tische Meinungsäußerungen beschränkt werde. Ferner müsse die Aufrechterhaltung des Friedens im Mittelmeer nicht mehr durch den Völkerbund, sondern durch einen Regionalpakt der Mittelmeermächte nach dem Muster des Locarno-Vertrages erfolgen.

Im „Observer" schreibt Garvin, das Ergebnis der britischen Initiative in der Sanktionspolitik sei zunehmende Beunruhigung, Ungewißheit und Besorgnis in der ganzen Welt. Nach ihrem Wahlerfolg möge sich die Regierung nunmehr wieder einer gemäßigteren Politik zuwenden. Die Mehrheit des englischen Volkes und beinahe das ganze französische Volk hätten die Sanktionspolitik satt.

Zunehmende Bedenken.

Die Sitzung des Sanktions-Ausschusses verschoben?

DNB **Paris, 24. November.**

Eine Unterredung des englischen Botschafters mit Laval am Sonntag bezog sich, ebenso wie die Unterredung vom Samstag, auf die für den 29. November erwartete Sitzung des 18er-Ausschusses, der über das Ausfuhrverbot für Erdöl, Kohle und Eisen nach Italien Beschluß fallen sollte. Nach einer Havas-Meldung aus Genf nimmt man dort an, daß Frankreich und England sich geeinigt hätten, die Tagung dieses Ausschusses auf später zu verschieben. Dieser Beschluß sei in den Unterredungen zwischen Laval und dem englischen Botschafter am Samstag und Sonntag gefaßt worden. Man sei zu der Erkenntnis gekommen, daß eine Verhängung des Ausfuhrverbotes für Erdöl die politische Spannung in gefährlicher Weise verschärfen würde.

Amerika unnachgiebig.

$ **Washington, 23. November.**

Der italienische Botschafter besuchte am Samstag den Staatssekretär des Auswärtigen, Hull. Obwohl über die Unterredung keine amtliche Mitteilung ausgegeben worden ist, wurde doch bekannt, daß Hull sich rundweg weigerte, von der bisherigen Politik der Abdrosselung der Ausfuhr nach Italien abzugehen. Sowohl die in der Verordnung des Ausfuhrverbots genannten Kriegswerkzeuge wie die kürzlich von Hull bezeichneten Kriegsmaterialien dürfen nach Hulls und Roosevelts Ansicht nicht ausgeführt werden.

Ein Unterschied besteht insofern, als die Ausfuhr von Kriegswerkzeugen nach Italien ungesetzlich ist, während hinsichtlich des Kriegsmaterials die Regierung von der Ausfuhr nur abraten und zur Verhinderung der Verschiffung gewisse finanzielle Druckmittel anwenden kann. Dies tut sie, sobald es sich um Rohstoffe oder Halbfertigwaren handelt, die ohne weiteres zu Kriegswerkzeugen verarbeitet oder für Kriegszwecke verwandt werden können; ferner, wenn es sich um Ausfuhren handelt, die über das normale Maß der Ausfuhr im Frieden hinausgehen. Hierzu gehören insbesondere Oel, Kupfer und Eisenschrott.

Sollte Baumwolle ebenfalls über Gebühr nach Italien ausgeführt werden, wie die soeben veröffentlichten Zahlen über den Oktober anzudeuten scheinen, so wird Hull prüfen, ob diese Baumwolle Kriegsmaterial darstellt und daher auf die Liste gesetzt werden soll. Die Tatsache, daß Baumwolle eine Ware ist, deren Ausfuhr Amerika sonst nach Kräften zu fördern sich bemüht, ändert wie hier bekannt wird, nichts daran, daß Kriegsgeschäfte damit nicht gemacht werden dürfen.

Verbot des Verkaufes von alten amerikanischen Schiffen an Italien.

$ **Washington, 24. November.**

Als weitere Maßnahme zur Verhinderung der Ausfuhr von Kriegsmaterial an Italien hat das Schiffahrtsamt den weiteren Verkauf von alten amerikanischen Schiffen für Eisenschrotzwecke nach Italien verboten. Bei diesen Schiffen handelt es sich um alte Schiffe, an denen das Schiffahrtsamt infolge von Kreditgewährung finanziell interessiert ist. Die Schiffahrtsbehörden erklärten, daß zwei Altschiffe vor der Rooseveltschen Neutralitätserklärung verkauft worden seien, daß jedoch die Ablieferung eines dritten Schiffes verboten sei.

Die vermeintlichen Engländer.

DNB **Rom, 23. November.**

In Padua wurden zwei amerikanische Ehepaare von mehreren hundert Kundgebern belästigt. Der vor dem Gasthaus stehende Kraftwagen wurde beschädigt, und der amerikanische Wimpel wurde in der Annahme abgerissen, daß der Wagen englischer Herkunft sei und nur durch den amerikanischen Wimpel geschützt werden sollte. Carabinieri griff ein und zerstreute die Menge. Unter dem Schutz der Polizei setzten die Amerikaner die Reise fort; sie haben bereits die französische Grenze überschritten.

Die Unwetterkatastrophe in Süditalien.

Bisher 57 Todesopfer.

DNB **Rom, 27. November.**

Die schweren Wolkenbrüche und Gewitterstürme, die Donnerstag und Freitag 48 Stunden über Süditalien wüteten, haben nach den letzten Nachrichten weitere zahlreiche Todesopfer gefordert. In der Provinz Calabrien richteten die Unwetter besonders große Verwüstungen an. In der Gegend von Catanzaro sind bis jetzt 47 Todesopfer zu beklagen, nahe Reggio di Calabria kamen zehn Menschen ums Leben. Wahrscheinlich ist jedoch die Zahl der Toten, von denen über die Hälfte Kinder zu sein scheinen, noch bedeutend höher. Die Menschen kamen durch Hauseinstürze, Erdrutsche oder Ueberschwemmungen ums Leben. Die Eisenbahnlinie von Catanzaro nach Lugano wurde durch den Einsturz einer Brücke unterbrochen, ebenso sind die telefonischen Verbindungen zwischen Calabrien und Sizilien stillgelegt. Aus Nocera in der Gegend von Calerno wurden durch die Wucht der anströmenden Wasserfluten mehr als 100 Wohnhäuser beschädigt und eingerissen. Die Bewohner sind obdachlos geworden. Auch aus Messina laufen dauernd Unglücksmeldungen ein. 20 Fischerbarken kenterten, wobei jedoch glücklicherweise keine Menschenleben zu beklagen sind.

König Georg von Griechenland hat wegen der schweren Unwetter seine Abfahrt mit dem griechischen Kriegsschiff „Helli" von Brindisi erst am Samstag nachmittag antreten können. Er wird am Montag im Hafen von Alt-Phaleron eintreffen. Die Ankunft des Königs in Griechenland war ursprünglich auf Sonntag festgesetzt worden.

Beileidstelegramm des Führers an den König von Italien.

Berlin, 24. November.

Anläßlich der Unwetterkatastrophe in Süditalien hat der Führer und Reichskanzler an den König von Italien das nachstehende Beileidstelegramm gerichtet:

„Ew. Majestät spreche ich meine und des deutschen Volkes aufrichtige Anteilnahme an dem schweren Unglück aus, das Süditalien betroffen hat und dem soviele Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Adolf Hitler
Deutscher Reichskanzler."

Athen in Erwartung des Königs.

Heute Einzug des Herrschers in die Hauptstadt.

DNB **Athen, 24. November.**

Aus allen Gegenden Griechenlands sind viele Tausende nach Athen gekommen, um hier am Montag den großen Tag des Einzugs ihres Königs zu erleben. Auch viele Fremde, unter ihnen zahlreiche ausländische Journalisten, haben sich in Athen eingefunden. Die griechische Hauptstadt ist bereits jetzt festlich geschmückt. Ein Meer von Fahnen, Wappen, Kronen und Königsbildern deutet bereits auf den großen Festtag hin. Extraausgaben der Zeitungen unterrichten laufend über die einzelnen Phasen der Ueberfahrt des Königs. Die neuesten Meldungen besagen, daß der Seegang bedeutend ruhiger geworden ist. Der König und der Thronfolger lassen sich an Bord der „Helli" durch Funksprüche laufend über die begeisterte Stimmung des griechischen Volkes unterrichten.

Noch immer treffen neue Sonderzüge aus der Provinz in Athen ein. Viele Personendampfer sind von den Schiffsgesellschaften zur kostenfreien Beförderung des Volkes zur Verfügung gestellt worden und werden mit vielen Tausenden dem König bis zum Kanal von Korinth entgegenfahren. Die Akropolis und viele andere Bauten der Antike werden am Montag in festlicher Beleuchtung strahlen.

Korfu jubelt dem König zu.

DNB **Athen, 24. November.**

Am Sonntagmorgen befand sich der Kreuzer „Helli" auf der Höhe von Korfu und wurde mit 21 Schüssen Salut begrüßt. Der Kreuzer fuhr dicht am Kai vorüber, so daß die aus dem ganzen Lande herbeigeströmte Menge ihren König begrüßen konnte. Eine große leuchtende Königskrone mit einem Willkommensgruß strahlte weit über das Meer hinaus. Die Bevölkerung, darunter Schulen und Militär, hatte schon seit fünf Uhr morgens den König erwartet. Der König war in Admiralsuniform, und in seiner Begleitung befanden sich der Kronprinz und Admiral Sakellariou. Die Begeisterung des Volkes war unbeschreiblich. Nach langsamer Vorüberfahrt verschwand die Flotte im Morgengrauen.

Die neue bulgarische Regierung.

DNB **Sofia, 23. November.**

Der König vollzog Samstag nachmittag die Ernennung des neuen Kabinetts. Ministerpräsidium und Auswärtiges: Kjosseiwanow; Inneres: General a. D. Sapow; Finanzen: der bisherige Vizegouverneur der Bulgarischen Nationalbank, Gunew; Unterricht: General a. D. Jowow; Krieg: Divisionskommandeur General Lukow; Oeffentliche Arbeiten: der bisherige Staatssekretär dieses Ministeriums, Ingenieur Ganew; Verkehr: Ingenieur Stojanow. Das Wirtschaftsministerium ist wieder, wie bis zum Staatsstreich vom 19. aMi 1934, geteilt worden: Landwirtschaft: Professor Atanasow; Handel: Walew.

Der König empfing am Sonntag um 11 Uhr die Mitglieder der neuen Regierung. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hielt der König bei dieser Gelegenheit eine kurze Ansprache. Er verwies auf seinen Aufruf vom 22. April dieses Jahres, in dem betont worden war, daß Bulgarien in seinem staatlichen Leben nicht mehr von dem seit dem 19. Mai 1934 vorgezeichneten Weg abweichen werde, das heißt vom autoritärem System. In diesem Aufruf war bekanntlich auch eine vom Volk selbst gebilligte Verfassung versprochen worden, deren Schaffung die Hauptaufgabe der neuen Regierung sein wird. Nach dem Empfang trat das Kabinett zu seiner ersten Sitzung zusammen, die nur von kurzer Dauer war.

Grundsätze für die Förderung des deutschen Schrifttums.

Eine Rede des Reichsleiters Rosenberg.

DNB **Berlin, 24. November.**

Die Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums erfüllt ihre Aufgabe in zäher und fruchtbarer Arbeit. Ihre gegenwärtig in der Reichshauptstadt stattfindende zweite Reichsarbeitstagung war mit einer festlichen Kundgebung am Samstag abend verbunden, auf der das Ziel und die Bedeutung ihres Wirkens deutlich wurde. An der eindrucksvollen Feierstunde nahm auch Reichsminister Dr. Frank, sämtliche Hauptlektoren der Reichsstelle und mit ihnen viele bekannte Kämpfer für nationalsozialistische Geisteshaltung sowie Männer des Schrifttums, der Verlegerschaft, des Buchhandels und Vertreter der zuständigen Behörden, Parteistellen und hohe Offiziere der Wehrmacht teil. Vor der Krolloper hatte ein Ehrensturm der SA-Brigade 29 Aufstellung genommen.

Nach den wuchtigen Sätzen eines Sprechchors der Hitlerjugend eröffnete der Leiter der Reichsstelle, Hagemeier, die Kundgebung.

Dann nahm, von starkem Beifall begrüßt, Reichsleiter Rosenberg das Wort. Er deutete in seiner Rede die Grundsätze für die Förderung des deutschen Schrifttums und ging auf die gedanklichen Voraussetzungen ein, die der ganzen Arbeit der Reichsstelle zugrundelägen. Man könne an eine Wertung und Förderung von Kunst und Schrifttum von verschiedenen Gesichtspunkten aus herantreten. Man könne z. B. die bekanntesten Schriftsteller zur Wertung der neuerscheinenden Werke heranziehen. Diesem Gedanken stehe die Schwierigkeit gegenüber, daß der Subjektivismus eines Künstlers seine Kraft, aber auch seine Schwäche darstelle, und daß angesichts des heutigen Uebergangsstadiums vermutlich auch weltanschauliche Verschiedenheiten mitwirken würden. Deshalb verzichte die Reichsstelle darauf, vom Standpunkt des Prominenten aus die Arbeit einzuleiten. Sie suche vielmehr instinktsichere, dem Schrifttum hingegebene Nationalsozialisten zur selbstlosen Förderung.

Stets müsse man sich vor Augen halten, ob die zur Beratung zusammengetretenen Persönlichkeiten auch einheitlich von einem Geist aus in ihrem Urteil bestimmt würden, und diese Art des Herangehens an die gestellte Aufgabe erscheine ihm, erklärte Reichsleiter Rosenberg weiter, als die Voraussetzung einer echten Organisation im Unterschied zu einem Schematismus und zur bloßen Repräsentation.

Wir seien immer großzügig gewesen beim Heranziehen aller Kräfte, die aus gutem Willen mit uns wirken wollten, wobei wir mit unverbildeten Volksgenossen meist bessere Erfahrungen gemacht hätten als mit vielen anderen, die an intellektueller Ueberheblichkeit litten. Entscheidend seien hier die Ausführungen des Führers gewesen, wonach die Politik des Reiches nur jene bestimmen könnten, die dieses Reich erkämpften.

Das Gleiche gelte auch für die Kunst- und Schrifttumspflege. Wolle man diese Anschauung des Führers mißachten, dann könne es so kommen, wie er es vorausgesagt habe: daß nach einem großen Siege sich geschäftstüchtige Menschen geschickt heranmachen würden, um möglichst viele Posten zu besetzen; dann würden die alten Kämpfer ihre Bewegung nicht mehr wiedererkennen.

Reichsleiter Rosenberg legte allen Mitarbeitern der Reichsstelle die Pflicht auf, hier mit innerer Härte die nationalsozialistische Weltanschauung auf dem von ihnen betreuten Gebiete zu verteidigen und zu stützen. Er wies darauf hin, daß diese Gestaltung der Arbeit im Volke wohl verstanden würde, denn aus der sehr reichlichen Produktion des deutschen Buchwesens habe die Reichsstelle zunächst 100 Bücher als Katalog für eine nationalsozialistische Bücherei ausgewählt, der bereits in einer Auflage von 400 000 Exemplaren verbreitet sei. Diesem ersten Katalog hätten sich mehrere andere angeschlossen und so sei jeder Volksgenosse imstande, bei den großen Auswahlmöglichkeiten sich ein wirkliches Bild von dem Wollen unserer Zeit zu machen.

Aus diesem ganzen Streben heraus ergebe sich jene Art des Schrifttums, das wir fördern wollten. Die Tünche der Vergangenheit sei abgewaschen. Wir verständen jetzt den herben, strengen Stil, der die deutsche Kunst stets durchdrungen habe, vom alten Hildebrandlied bis zur Ewigen Wache am Königsplatz zu München.

Man müsse unerbittlich sein gegen alle jene, die die große deutsche Wiedergeburt verpfuschen, zerreden oder instinktlos preisgeben wollten, und arbeiten im Dienste dieses ewigen wehrhaften Deutschland, wie der Führer es uns erkämpfte und wie wir es mit aller Kraft zu erhalten bemüht sind.

Auch am Ende der Kundgebung standen die zukunftsverheißenden Worte des jungen Sprechchors.

Der Führer ehrt den Erfinder des Stahlhelm.

DNB **Berlin, 24. November.**

Am 23. November 1915 ist der Stahlhelm im deutschen Heere eingeführt worden. Der Führer und Reichskanzler hat dem Erfinder des Stahlhelms, Prof. Dr. h. c. Friedrich Schwerd in Hannover, auf Anregung des Reichskriegsministers und Oberbefehlshaber der Wehrmacht und auf Vorschlag des Reichserziehungsministers zur Erinnerung an diesen Tag sein Bild mit Unterschrift überreichen lassen.

Bis Weihnachten je 400 RM. für 40000 kinderreiche Familien.

:: **Kiel, 23. November.**

Am Freitagabend sprach Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium in Kiel vor den führenden Männern der Bewegung und der Behörden aus Schleswig-Holstein über die Finanzpolitik des Reiches. Nachdem er, so wie am Vortage auf dem Kameradschaftsabend der Kieler Finanzbehörden, die Entwicklung von den erschreckenden Verhältnissen der Finanzpolitik vor der Machtübernahme bis zur Aufbauarbeit der Regierung Adolf Hitlers geschildert hatte, besprach er das Gesetz über die Eheschließungen. Künftig würden, so führte er u. a. aus, monatlich 15—20 000 Ehestandsdarlehen gewährt werden. Seit dem Parteitag der Freiheit würden auch Kinderbeihilfen gewährt. In Deutschland gebe es etwa 760 000 Familien mit mehr als vier Kindern. Zunächst sollen die Familien mit mindestens sechs Kindern unter 16 Jahren Berücksichtigung finden. 1936 werde dann diese Zahl auf vier herabgesetzt. Für Zwecke der Kinderbeihilfen stehen monatlich 3 Millionen Mark zur Verfügung. Monatlich könnten also 7500 Familien mit je 400 Mark bedacht werden. Bis Weihnachten würden bereits 20 Millionen Mark verteilt sein, d. h. 50 000 minderbemittelte kinderreiche Familien würden bis dahin je 400 Mark erhalten. Die Anträge seien bei den Gemeinden einzureichen. Sie würden durch diese geprüft und an das Finanzministerium weitergeleitet werden.

Der memelländische Landtag einberufen.

Die verschleppte Direktoriumsbildung.

DNB **Memel, 24. November.**

Der memelländische Landtag ist für den 28. November, 5 Uhr nachmittags, einberufen worden. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Aussprache über den Gang der Direktoriumsbildung.

Die Bildung des Direktoriums ist noch nicht erfolgt. Der Gouverneur des Memelgebiets, der zugesagt hatte, am Freitag weiteren Bescheid zu geben, ist mit Landtagspräsident Baldszus am Freitag nicht in Fühlung getreten.

Danktelegramm der britischen Handelsmarine an Admiral Raeder.

DNB **Berlin, 24. November.**

Die Honorable Company of Master Mariners London, die Vereinigung der britischen Handelsschiffskapitäne, deren Präsident der Prinz von Wales ist, hat an den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Seeleute der britischen Handelsmarine in der ganzen Welt sind tief beeindruckt durch den ehrenvollen Beweis der Hochachtung, welchen die deutsche Kriegsmarine dem dahingeschiedenen Admiral Jellicoe dadurch zu erweisen beabsichtigt, daß sie anläßlich seiner Beisetzung am Montag ihre Flaggen auf halbmast setzt."

Rom meldet die freiwillige Unterwerfung der Provinz Ogaden.

DNB **Rom, 24. November.**

Von italienischer Seite wird gemeldet, daß nach den soeben aus Ostafrika eingetroffenen Nachrichten die gesamte Bevölkerung von Ogaden sich freiwillig Italien unterworfen habe. Gleichzeitig sollen 5000 Bewaffnete zu den italienischen Fahnen übergegangen sein, um hinfort auf Seiten Italiens zu kämpfen.

Diese Massenunterwerfung sei, so wird in den italienischen Meldungen betont, von größter militärischer Bedeutung, da damit die italienische Front um ein weiteres Stück kampflos nach vorne geschoben werden könne und der Vormarsch nach Innerabessinien wesentlich erleichtert werde. Man erklärt zu diesem hier als außerordentlich wichtig bezeichneten Ereignis, daß es einen sehr entscheidenden Abschnitt in den augenblicklichen Kampfhandlungen darstelle. Von italienischer Seite wird hervorgehoben, daß es selbstverständlich ausgeschlossen wäre, daß dieser spontane Akt der Gesamtbevölkerung einer großen Provinz jemals wieder irgendwie rückgängig gemacht werden könne.

Italien habe damit ebenso wie von Tigre endgültig von Ogaden Besitz ergriffen und werde, wie man hier erklärt, diese beiden Provinzen sich in etwaigen späteren Verhandlungen unter keinen Umständen wieder abhandeln lassen.

Abessinien behauptet das Gegenteil.

(!) **Paris, 24. November.**

Die abessinische Gesandtschaft in Paris übermittelte am Sonnabend abend der Presse eine Mitteilung, in der behauptet wird, die italienische Propaganda habe falsche Nachrichten über die letzte Luftreise des Negus in Umlauf gesetzt. Man habe, so heißt es weiter, in der Erklärung das Gerücht ausgestreut, diese Reise habe dem drohenden Abfall verschiedener abessinischer Oberführer vorbeugen sollen. Die abessinische Regierung habe bereits mehrmals bekanntgegeben, daß einzig und allein Haile Selassie Gugsa seinen Kaiser und sein Vaterland verraten habe. Die abessinische Regierung wiederhole mit aller Bestimmtheit, ohne eine Richtigstellung fürchten zu brauchen, daß kein anderer abessinischer Führer sich mit dem Feinde eingelassen habe. Im Gegenteil, der Krieg habe die Einheit des abessinischen Kaiserreichs verstärkt, in dem er um seinen obersten Führer alle Kräfte des Landes gesammelt habe. Angesichts der Gefahr habe sich das Ansehen des Negus bis in die entlegensten Gebiete Abessiniens gefestigt. Auf seiner Reise habe der Negus die herzlichsten Treuekundgebungen aller seiner Untertanen entgegennehmen können. Der Widerstand gegen den einfallenden Feind habe die Bevölkerung in Eritrea und sogar in Italienisch-Somaliland auf die Seite Abessiniens gebracht. Groß sei die Zahl der Flüchtlinge aus den italienischen Kolonien, die in Abessinien Schutz suchten. Die Abwanderung habe bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß die italienische Regierung sie nicht mehr verheimlichen könne. In den amtlichen Verlautbarungen von Asmara kündigten die Behörden die schärfsten Strafen für die Leute an, die sich verdächtig machten, sich der italienischen Herrschaft entziehen zu wollen.

Reichsminister Darré gegen die Meckerer.

Eine Rede in Krefeld.

DNB **Krefeld, 23. November.**

Auf einer großen Kundgebung des rheinischen Bauerntums, die vom Landesbauernführer Freiherrn von Eltz-Rübenach in Anwesenheit des Reichsbauernführers und Reichsministers Walther Darré, Gauleiter Staatsrat Florian-Düsseldorf, führender Mitglieder des Reichsnährstandes und der örtlichen Partei-, Staats- und Kommunalbehörden eröffnet wurde, ergriff nach Reden von Staatsrat Gauleiter Florian und Reichsobmann Staatsrat Meinberg Minister Darré das Wort. Eingangs erinnerte der Minister daran, daß er vor etwa vereinhalb Jahren bereits hier im großen Saale der Stadthalle gesprochen habe, und daß damals mancher der Anwesenden von ihm als dem landwirtschaftlichen Mitarbeiter des Führers erwartet habe, daß er über die Methoden sprechen würde, mit denen der darniederliegenden Landwirtschaft geholfen werden könne. Er habe damals erklärt, daß keine irgendwie geartete Maßnahme die Lage der Landwirtschaft bessern würde, wenn nicht zuvor das politische System durch ein solches ersetzt werde, das den unbedingten Willen zur Rettung des Bauerntums habe. Als wir die Macht erhielten und mir die Verantwortung übergeben wurde, haben wir für die Rettung des Bauerntums den Weg der Marktordnung und der Festpreise beschritten. Ich glaube sagen zu können, daß es heute keinen vernünftigen deutschen Bauern und auch deutschen Volksgenossen mehr gibt, der nicht sagen wird, daß der beschrittene Weg richtig ist. Trotzdem höre man immer wieder über dies und das eine Beanstandung und hier müsse er die Frage vorlegen, was damit bezweckt würde.

Diese Meckerer müßten wohl zugeben, daß vor drei Jahren die Landwirtschaft todkrank war und daß sie heute wieder gesund sei. Allein anscheinend passen ihnen die Methoden, die zu dieser Gesundung führten nicht. Bei genauem Zusehen könne man feststellen, daß diese Leute noch im alten Parlamentarismus verhaftet seien, in jenem Parlamentarismus, der organisierte Meckerei gewesen sei. Mit Meckereien komme man nicht vorwärts.

Wenn ein Bauer auf seinem Hof anstatt das zu tun, was er für richtig hält, auf jeden hören wollte, der etwas zu sagen habe, dann werde er bestimmt nicht lange auf seinem Hofe sein. Im Großen sei es genau so. Wenn nun einer seiner Kreisbauernführer zu ihm komme und sage: „Sie wissen ja garnicht, wie wenig meine Leute ihre Anordnungen verstehen", so müsse er schon erwidern, daß der Kreisbauernführer kein statistisches Amt sei, um festzustellen, wie viele seiner Bauern die Anordnungen nicht verstünden, sondern er habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder sie verstehe. Wenn soeben ein Kreisbauernführer gesagt habe, daß es noch viele Standesgenossen gebe, die glauben abseits stehen zu können, so sei das nur in den allerwenigsten Fällen schlechter Wille. Man müsse vielmehr versuchen, an die Seele dieser Menschen heranzukommen, und man werde sie dann auch eines Tages besitzen. Wenn aber ein Bauer trotz aller Bemühungen den Weg zu uns und zur Volksgemeinschaft nicht finden wolle, dann könne man ihm vielleicht eines Tages sagen, daß er von der Volksgemeinschaft als außenstehend betrachtet würde. Wir gehen einer harten Zeit entgegen und nur dann, wenn wir uns in ihr behaupten, werden unsere Enkel die Früchte unserer heutigen Arbeit ernten. Darum müsse heute der Bauer der treueste Gefolgsmann des Führers sein und dort, wo er hingestellt sei, die ihm übertragene Pflicht voll und ganz erfüllen.

Brausender, langanhaltender Beifall dankte dem Minister für seine Ausführungen. Die Kundgebung wurde dann mit den Liedern der Nation geschlossen.

Vor dem Standesamt im Wiener Rathaus hat am Sonnabend der Filmschauspieler Attila Hörbiger die Schauspielerin Paula Wessely geheiratet.

Blick nach draußen.

Notizen aus Auslandszeitungen.

Gegen das britische Schuldgefängnis.

Die britische Regierung hat sich dieser Tage gegen das Ueberhandnehmen von Freiheitsentziehungen wegen Schulden ausgesprochen. In einem Schreiben Sir John Simons an die unteren Gerichtshöfe heißt es, daß jährlich etwa 20 000 Personen, mehr als ein Drittel aller Gefängnisinsassen, lediglich wegen unbezahlter Schulden um ihre Freiheit kommen. Von diesen 20 000 werden 11 000 ins Gefängnis gesandt, weil sie irgendwelche Geldstrafen nicht bezahlen können. Diese große Armee habe nicht ins Gefängnis zu gehen, weil die Gerichte ihr Vergehen so scharf bestrafen wollten, sondern immer nur wegen Gesetzesübertretungen, die die Gerichte selbst mit einer Geldstrafe als genügend gesühnt betrachten. Es ist das erste Mal und wahrscheinlich eine Folge des Wahlkampfes, daß sich auch die verantwortliche Regierung mit solcher Eindeutigkeit gegen das Schuldgefängnis ausspricht. An parlamentarischen Versuchen hat es bisher noch gefehlt, mit dem mittelalterlichen Brauch der Schuldhaft Schluß zu machen.

Die Gottheit der schwarzen Schlange.

Kürzlich wurden die Yezidis oder Teufelsanbeter von Flugzeugen der Luftstreitkräfte des Irak bombardiert. Trotz ihres furchtbaren Namens sind diese Leute eine ziemlich harmlose Sekte, die in den Wüstengebieten zwischen dem Irak und Syrien lebt. Bombardiert wurden sie, weil sie sich geweigert hatten, in der nationalen arabischen Armee Dienst zu tun. Die Sekte gehört zu den sonderbarsten der Welt. Ihre beiden größten Propheten sind der heilige Pfau und — Jesus. Sie verehren auch eine Gottheit in Gestalt einer schwarzen Schlange. Ihre Tempel, hauptsächlich im Norden von Mossul, sind sämtlich mit dieser schwarzen Schlange geschmückt. Es gibt etwa ein halbes Dutzend heiliger Pfauen, die ihren Wärtern eine Menge Geld einbringen. Sie reisen nämlich mit ihnen durchs Land und zeigten die Tiere gegen ein kleines Entgelt. Nach dem Glauben der Yezidis wird die Welt vom Satan regiert, und diese Herrschaft wird ihrer Meinung nach noch tausend Jahre dauern. Die Yezidi fürchten den Satan — arabisch „Schaitan" — so, daß sie nicht wagen, ein Wort auszusprechen, das mit „Sch" beginnt. Da sie unter allen Umständen allein gelassen sein wollen, weigerten sie sich, sich an der allgemeinen Dienstpflicht zu beteiligen.

Die phantastischsten Romane schreibt das Leben selbst.

Das Leben gefällt sich zuweilen darin, die blühendste Phantasie eines Schriftstellers oder gar eines Filmdramatikers zu übertrumpfen, wie nachstehende Geschichte aus den Vereinigten Staaten beweist. Kurz vor der Jahrhundertwende wanderte ein junges Mädchen mit ihren Eltern aus Dänemark nach den Vereinigten Staaten aus, in der Hoffnung in der neuen Welt bessere Lebensaussichten zu finden, als sie sich in der alten Heimat geboten hatten. Zu Beginn des Jahres 1914 heiratete die Tochter den Apotheker Lauritzen, doch schon in dem gleichen Jahr fand die Ehe ein tragisches Ende durch den Krieg. Der Mann, der auf englischer Seite in den Krieg zog, fand, kaum auf dem Kriegsgebiet angelangt, den Tod, fast zur gleichen Zeit, als seine Frau Mutter eines Töchterchens wurde. Wieder waren zwei Jahre vergangen. Frau Lauritzen fuhr mit ihrem Kinde in einem Auto zu einer Freundin, als der Wagen mit einem anderen zusammenstieß und Mutter und Tochter schwer verwundet wurden. Es war bei dem Unglück nicht möglich, die Persönlichkeit festzustellen, da die Mutter keinerlei Ausweise bei sich führte. Einem an der Unfallstelle haltenden Auto entstieg ein Ehepaar, das sich mit dem Polizisten schnell verständigte. Es wollte für das Kind sorgen, bis die Mutter völlig wiederhergestellt sei. Der Polizist erhielt die Adresse der Pflegeeltern, die gleich darauf mit dem Kinde davonfuhren. Als die Mutter von ihrer tiefen Ohnmacht im Krankenhaus erwachte und sich nach dem Verbleiben ihres Kindes erkundigte, stellte sich heraus, daß der Polizist den Zettel mit der Anschrift verloren hatte. Was auch versucht wurde, das Kind ausfindig zu machen, alle Bemühungen blieben erfolglos und der Mutter blieb nichts anderes übrig, als auch noch diesen Schicksalsschlag geduldig zu ertragen, in der Hoffnung, ein glücklicher Zufall werde sie vielleicht ihre Tochter doch noch finden lassen. Neunzehn Jahre waren seitdem vergangen, täglich forschte die Mutter in den Zeitungen, ob sie nicht irgendein Lebenszeichen von ihrer Tochter fände. Dabei kam ihr auch eine Zeitung in die Hand, die in großer Aufmachung von dem Tod des sog. Oelkönigs von Texas berichtete. Sein Lebensgang wurde ausführlich geschildert und dabei auch mitgeteilt, wie er durch Zufall zu einer Tochter gekommen wäre. Er befand sich mit seiner Frau, mit der er in glücklicher, aber kinderloser Ehe lebte, auf einer großen Autoreise, als sein Auto wegen eines Unfalls eines anderen Wagens auf der Straße hielt. Der Entschluß des Ehepaares war sofort gefaßt, als sie das reizende vor sich hinweinende Kind sahen. Sie nahmen es mit, es wurde bald völlig wiederhergestellt, aber die Mutter „ließ nichts von sich hören". Nachdem einige Jahre ins Land gegangen waren, adoptierten sie das Mädchen. Noch einige Jahre vor seinem Tode starb seine Frau und als er die Augen schloß, hinterließ er seiner Adoptivtochter ein Vermögen von 11 Millionen Dollar. Frau Lauritzen reiste sofort nach Texas und verlebt nun an der Seite ihrer Tochter nach einem enttäuschungsreichen Leben glückliche Tage.

Ein Kuß für das WhW.

Berlin, 23. November.

Ein junges Mädchen in Weißwasser (Oberlausitz), das gegen seinen Willen von einem jungen Mann geküßt worden war, hatte Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Der Angeklagte erklärte sich vor Gericht bereit, 10 RM für das Winterhilfswerk zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu übernehmen. Die Klägerin erklärte, daß sie nach der Zahlung den Strafantrag zurückziehen werde.

Nach einer Mitteilung des Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik der Charité, Professor Dr. Sauerbruch, hat sich Reichsminister Rust, der seit vielen Wochen erkrankt ist, erneut einer Operation unterziehen müssen. Der Eingriff verlief ohne Schwierigkeiten. Das Befinden ist gut; mit vollständiger Genesung in kurzer Zeit ist zu rechnen.

100000 Mark Geldstrafe für Bischof Peter Legge.

Zuchthaus, Ehrverlust und Geldstrafe für Dr. Theodor Legge und Generalvikar Dr. Soppa.

Der Haftbefehl gegen den Bischof aufgehoben.

DNB **Berlin, 23. November.**

Im Devisenprozeß gegen den Bischof von Meißen verkündete am Samstagnachmittag der Vorsitzende der 4. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts

das Urteil:

Der 53jährige Bischof von Meißen, Peter Legge, erhielt wegen fahrlässigen Devisenvergehens eine Geldstrafe in Höhe von 100 000 Mark. Davon gelten 40 000 Mark als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Im Nichtbeitreibungsfalle tritt an Stelle der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Bruder des Bischofs, der 46jährige Generalsekretär beim Akademischen Bonifatiusverein für das katholische Deutschland in Paderborn, Dr. Theodor Legge, wurde wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Devisenvergehens zu insgesamt fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 70 000 Mark Geldstrafe bezw. weiteren 35 Tagen Zuchthaus verurteilt.

Der 47jährige Generalvikar Domherr Professor Dr. Wilhelm Soppa erhielt wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Devisenvergehens drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 70 000 Mark Geldstrafe bezw. weitere 35 Tage Zuchthaus.

Bei Dr. Theodor Legge und dem Angeklagten Soppa wurden acht Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Außerdem ordnete das Gericht die Einziehung von 95 000 holländischen Guldenobligationen des Bistums Meißen an, das für diesen Betrag und für die Geldstrafe gegen den Bischof von Meißen und Dr. Soppa die Mithaftung übernehmen soll.

Die 25jährige Angeklagte Auguste Klein aus Paderborn, die vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden war, wurde wegen Begünstigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Die Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung schilderte der Vorsitzende zunächst die Anleiheaktion des Bistums Meißen in Holland zusammen mit den Tilgungsversuchen, worüber das Bistum auch mit der Devisenstelle in Dresden in Verbindung getreten war, von dort aber belehrt wurde, daß der bisher eingeschlagene Weg nicht mehr zulässig sei. Die Devisenstelle hat damals einen Vorschlag gemacht, auf legale Weise die Tilgung durchzuführen, doch hat das Bistum davon keinen Gebrauch gemacht, weil es zu kostspielig gewesen wäre.

Der Vorsitzende wies weiter darauf hin, daß der Gedanke der Tilgung dennoch nicht ruhte, sondern im Dezember in den Ordinariatssitzungen behandelt wurde, an denen regelmäßig der angeklagte Bischof und der Generalvikar teilnahmen. Am 21. Dezember 1933 wurde vom Bischof angeordnet, daß alle verfügbaren Gelder zum Zwecke des Ankaufs gesammelt und auf einem besonderen Bankkonto in Bautzen angelegt würden.

Nachdem am 25. Dezember 1933 der mitangeklagte Dr. Soppa vom Bischof zum Generalvikar des Bistums Meißen ernannt wurde, hat laufend über die Tilgung schriftlich und mündlich ein Meinungsaustausch zwischen dem Bischof, Dr. Theodor Legge und weiterhin auch Dr. Hofius stattgefunden. Dabei sind sich im Laufe der Zeit insbesondere Dr. Theodor Legge und Dr. Hofius darüber klar geworden, in welcher Form man mit Hilfe von Reichsmark Obligationen im Auslande ankaufen sollte. Auch der angeklagte Bischof ist von diesen Ankäufen weiterhin unterrichtet worden in Gesprächen, die er mit seinem Generalvikar geführt hat.

Es haben sodann von Ende Januar 1934 bis etwa zum 5. April 1934 zur Tilgung Ueberweisungen in Höhe von 180 000 Mark nach Münster an die Hofius-Bank bezw. die Akademische Bonifatius-Vereinigung in Paderborn stattgefunden. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, sind diese Gelder in Höhe von 140 000 Mark von Münster aus nach Holland hinübergeschafft worden, und für dieses Geld wurden dann in Holland Obligationen aufgekauft. Die Ausfuhr des Geldes nach Holland hätte der Genehmigung der zuständigen Devisenstelle unterlegen und stellt deshalb eine strafbare Handlung nach § 12 der Devisenverordnung von 1932 dar.

In der Frage, welche Kenntnis der inneren Vorgänge bei der Ueberführung des Geldes nach Holland bei den einzelnen Angeklagten vorlag, hat die Strafkammer in folgender Weise entschieden:

Was den Angeklagten Dr. Theodor Legge anlangt, so ist er derjenige gewesen, der über die Absichten des Dr. Hofius, das Geld in Barbeträgen von Münster nach Holland hinüberzuschaffen, zuerst eingehend unterrichtet worden ist. Es mag sein, daß Dr. Theodor Legge und Dr. Soppa dem Dr. Hofius zunächst vertraut haben, er werde auf einem legalen Wege vorgehen. Nach der Ueberzeugung des Gerichts muß Dr. Theodor Legge spätestens etwa Mitte Februar 1934 in den wahren Sachverhalt, daß sie mit dem Gesetz in Konflikt kommen, eingeweiht gewesen sein. Von diesem Zeitpunkt an hat er selbst darauf gedrängt, daß Geld beschafft werde, und Aktion unheimlich war. Auch habe Dr. Hofius mit Rücksicht auf die Markentwertung, mit der er rechnete, zur Eile gedrängt. Da mußte sich Dr. Theodor Legge sagen, daß Dr. Hofius das Geld ins Ausland verschieben wolle. Diese Einsicht konnte und mußte er nach seiner ganzen geistigen Befähigung und Begabung haben. Daß er Bescheid gewußt hat, spricht auch aus der Art und Weise, wie die einzelnen Beträge im Wege der Tarnung überwiesen wurden.

Das Gericht hat auch nicht den geringsten Zweifel, daß die Hin- und Her-Ueberweisungen zum Zwecke der Tarnung mit Dr. Hofius besprochen worden waren. Dr. Hofius erhielt damals 100 000 Mark, ein Darlehen des Bistums bei der Universum-Bank. Die Gelder waren bis spätestens zum 9. April 1934 ins Ausland geschafft. Wenn Dr. Theodor Legge bei seiner Vernehmung erklärt hat, er habe erst zu diesem Zeitpunkt erfahren, daß mit den Geldern etwas Ungesetzliches geschehen sei, so glaubt ihm das Gericht überhaupt nicht. Die Kammer hält vielmehr für einwandfrei erwiesen, daß Dr. Legge über das Hinausschaffen der gesamten 140000 Mark unterrichtet war. Er hat diese ungesetzliche Handlung auch in seinen Willen aufgenommen und war daher als Mittäter zu bestrafen, wenngleich er auch selbst nicht der Ueberbringer gewesen ist.

Auch der mitangeklagte Generalvikar Dr. Soppa mußte erkennen, daß Geld ins Ausland verschoben wurde. Er ist derjenige gewesen, der über die ganzen finanziellen Transaktionen im Bistum Meißen im Bilde war. Er hat mit der Devisenstelle in Dresden über den außerplanmäßigen Austausch der Obligationen verhandelt, und ihm sind die amtlichen Bescheide zugegangen. Er kannte die Einstellung der Behörde zu den offensichtlich von Dr. Hofius angeregten Plänen. Dr. Soppa kann sich nicht damit herausreden, daß er angeblich erst in der Nacht vom 6. zum 7. April 1934 bei seinem Besuch des Dr. Theodor Legge in Paderborn von den Schiebungen Kenntnis erhalten hat, denn er hatte ja diese Reise mit der besonderen Weisung angetreten, über die Anleiheangelegenheit mit Dr. Theodor Legge zu verhandeln. Noch weniger kann er sich darauf berufen, daß er die Dinge nicht übersehen habe. Dr. Soppa hat nach der vollen Ueberzeugung des Gerichts die Vorgänge einwandfrei übersehen. Das ergibt sich auch aus der beschlagnahmten Korrespondenz. Auch Dr. Soppa ist daher nach der Ueberzeugung des Gerichts als Mittäter bei den Vergehen gegen § 12 des Devisengesetzes schuldig zu sprechen, wenn er auch nicht unmittelbar an der Hinausbringung des Geldes beteiligt war.

Zur Schuldfrage des Bischofs Dr. Peter Legge übergehend, stellte der Vorsitzende folgendes fest:

Dem Bischof war bei seinem Amtsantritt die schlechte finanzielle Lage seiner Meißener Diözese bekannt. Das gibt er zu, und das wird auch von anderer Seite bestätigt. Diese finanziellen Nöte haben ihm ernstlichen Kummer bereitet. Nach dem persönlichen Eindruck, den das Gericht von dem angeklagten Bischof gewonnen hat, glaubt es ihm, daß er bis zur Ernennung zum Bischof von Meißen seine Hauptkraft auf die Seelsorge gerichtet hat. Er hat sich dann aber, wenn auch notgedrungen, auch mit den finanziellen Dingen beschäftigt. Insbesondere hat er sich die Akten über die Hollandanleihe geben lassen, um sich darüber zu unterrichten. Bereits im Dezember 1933 traf er eine Anordnung für die Errichtung eines Fonds zur weiteren Tilgung der Hollandanleihe. Ihm sind nach der Ueberzeugung des Gerichts die Verlautbarungen der Devisenstelle in Dresden hinsichtlich des Weges zur Tilgung der Auslandsanleihe bekannt gewesen.

Es entsteht nun die Frage, warum der Bischof den mitangeklagten Dr. Soppa zu seinem Generalvikar ernannt hat. Sämtliche Vorgänger des Bischofs Legge sind ohne einen Generalvikar ausgekommen. Wenn man die Zeit der Berufung des Dr. Soppa berücksichtigt, dann erhebt sich die Frage: Steht diese Berufung in einem Zusammenhang mit der Ablösung der Hollandanleihe? Es liegt auf der Hand, daß der Bischof, der sich selbst nicht auf finanziellem Gebiete beschlagen fühle, einen anderen berief, der vielleicht erfahrener war oder ihm die Verantwortung abnahm. Dieser Gesichtspunkt ist eingehend erörtert worden, aber es sprechen auch andere Gründe für die Berufung, wie z. B. die damalige Krankheit des Bischofs. Der Bischof ist aber in den mündlichen Besprechungen und in den Ordinariatssitzungen über den Schuldenplan unterrichtet gehalten worden.

Es konnte ihm nicht widerlegt werden, daß er den wirtschaftlichen Dingen fremd gegenüberstand, und daß an ihn ein Plan herangetragen worden ist, wonach das zur Schuldentilgung bestimmte Geld im Inland verbleiben sollte. Diese Behauptung war auf Grund der Beweisaufnahme nicht zu widerlegen. Inwieweit ihm von seinem Bruder Dr. Theodor Legge und Dr. Soppa Mitteilungen gemacht worden sind, läßt sich einwandfrei nicht feststellen.

Wenn der Bischof in seinem Schlußwort in einer besonders feierlichen Form erklärt hat, daß er sich unschuldig fühle und daß er unschuldig sei, so folgt ihm das Gericht hierin in Weise. Es bestehen erhebliche Verdachtsmomente, daß er vielleicht mehr gewußt hat als ihm hat nachgewiesen werden können. Es liegt auch die Erwägung nahe, daß er sich mehr um die Dinge gekümmert hat, als es in der Beweisaufnahme festgestellt werden konnte. Es erscheint unfaßbar, daß er als Kirchenfürst einer Diözese nicht gewußt haben soll, um was für finanzielle Dinge es sich handelte. Der Bischof hat zum mindesten fahrlässig gehandelt. Er kann sich nicht darauf berufen, daß er seine Verantwortung in finanziellen Dingen auf seinen Generalvikar übertragen habe.

Auch aus dem Gutachten des Bischofs von Berlin geht die Unrichtigkeit seines Standpunktes hervor, daß er sich unbedingt auf seinen Generalvikar habe verlassen können. Er hat ihm keine Generalvollmacht in dieser Richtung erteilt, sondern hat sich auch weiterhin um die finanziellen Angelegenheiten gekümmert. Bei der Bedeutung, die die Anleiheangelegenheit besaß, mußte er auch den Einzelheiten sein Augenmerk zuwenden. Das Verschulden, das ihm zur Last gelegt wird, seine Fahrlässigkeit liegt darin, daß er es an der erforderlichen Sorgfalt, die man von ihm verlangen kann und verlangen muß, hat fehlen lassen, und daß er sich über die Vorgänge, über die er sich unterrichten mußte, fahrlässigerweise nicht unterrichtet hat. Der Bischof mußte sich umsomehr über die Angelegenheit unterrichten, als ihm die Stellungnahme der Devisenstelle in Dresden zu dem Tilgungsplan bekannt war, und als dieser durch einen neuen ersetzt wurde, hätte er zum mindesten der Devisenstelle diesen neuen Plan zur Begutachtung vorlegen müssen. Zur Durchführung dieses Planes hat der Bischof sogar Geldüberweisungen angeordnet, also eine Verfügung getroffen, die nach § 13 Absatz 2 der Devisenverordnung der Genehmigung der Devisenstelle bedurft hätte.

Ein Vorsatz läßt sich einwandfrei nicht feststellen, sondern lediglich Fahrlässigkeit. Hätte der Bischof die von ihm zu verlangende Sorgfalt angewandt und die Devisenstelle befragt, dann würde er darüber unterrichtet worden sein, daß in der in Aussicht genommenen Weise nicht verfahren werden könnte.

Den drei Angeklagten wird weiter vorgeworfen, daß sie mit Hilfe der nach Holland hinübergeschafften Gelder Obligationen aufgekauft und die hierzu erforderliche Genehmigung nicht nachgesucht haben. Beim Bischof läßt sich nicht feststellen, daß er von den Aufkäufen im Auslande unterrichtet gewesen ist.

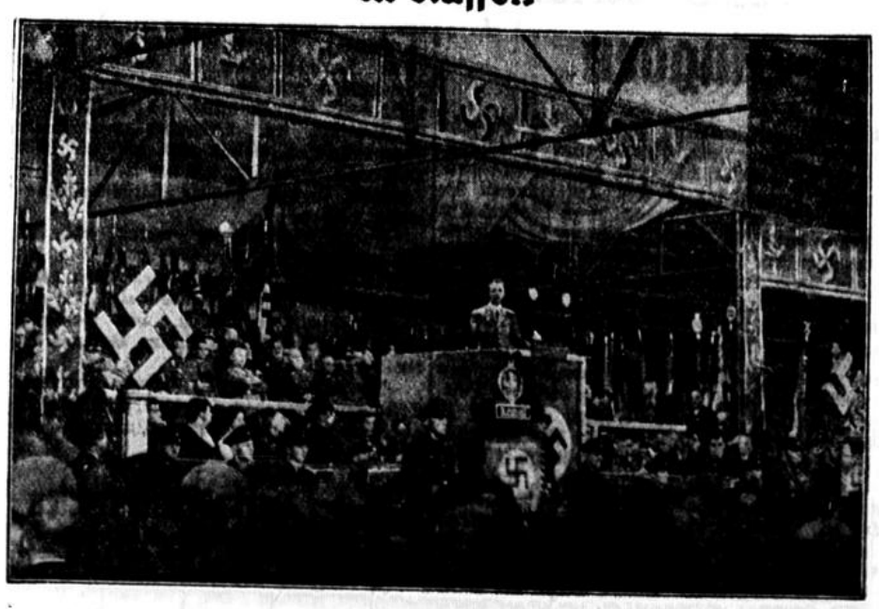
Der Vorsitzende kommt dann auf die Frage einer möglichen Anwendung der Amnestie zu sprechen, die nach Auffassung der Kammer zu verneinen ist. Er erklärt, daß noch nach dem Stichtag für die Volksverratsanzeige, dem 17. Oktober 1934, bis mindestens Ende November 1934 Obligationen aufgekauft worden sind. Deshalb sei auch die Volksverratsanzeige gemäß dem Steueranpassungsgesetz unrichtig.

Die Frage, ob die Taten der beiden Angeklagten Dr. Theodor Legge und Dr. Soppa im Sinne des Gesetzes als besonders schwere Fälle anzusehen seien, hat das Gericht bejaht, besonders mit Rücksicht auf die Höhe des planmäßig verschobenen Betrages und die Art, wie man das Geld durch das Hin- und Herschieben von getarnten Konten über die Grenze verschoben hat. Besonders erschwerend sei die Persönlichkeit der Angeklagten ins Gewicht gefallen, von denen man als Geistlichen verlangen muß, daß sie nur das tun, was erlaubt und rechtens ist. Der Angeklagte, Theodor Legge, sei schon in Paderborn vor Dr. Hofius gewarnt worden. Trotzdem wollte er dem Gericht vormachen, er habe über dessen Persönlichkeit nichts gewußt. Den Angeklagten, Dr. Theodor Legge und Soppa, wären die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen, weil sie sich in ihrer Stellung und als Geistliche zum Volksverrat hergegeben haben und entgegen den Lebensinteressen des deutschen Volkes an der verbotswidrigen Herausschaffung von großen Beträgen ins Ausland mitgewirkt haben.

Die Mithaftung des Bistums Meißen sei für die verhängten Kosten gegen die Angeklagten Peter Legge und Soppa ausgesprochen worden.

Sodann verkündete der Vorsitzende die Aufhebung des Haftbefehls gegen den Bischof von Meißen und schloß die Verhandlung.

Reichsminister Dr. Goebbels vor 25000 Volksgenossen in Kassel.



(Scherl-M.)

In der neuerbauten Kurhessen-Halle in Kassel-Niederzwehren hielt Reichsminister Dr. Goebbels am Freitag abend eine mit stärkstem Beifall aufgenommene Rede über alle politischen Probleme. Er gab darin ein Bild von der Unsumme an Sorgen und Mühen, die mit der Wiedereingliederung der fünf Millionen Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß und anderen Taten der Regierung verbunden waren. Es sei unfair, die Ergebnisse dieser Taten nun als Selbstverständlichkeiten entgegenzunehmen, um dann an Kleinigkeiten herumzukritisieren. In diesem Zusammenhang kam Dr. Goebbels auch wieder auf die augenblickliche Knappheit an Butter und Schweinefleisch zu sprechen und fertigte mit beißender Ironie jene kleine Zahl von Kritikastern ab, die nicht bereit seien auf etwas Butter zu verzichten, um dadurch hungernden Erwerbslosen wieder zu Arbeit und damit zu Brot zu verhelfen. Wenn manche heute fragen, wer denn alles das bezahle: die Autobahnen und die großen Bahnen, die Wehrpflicht und Arbeitsdienstpflicht, so gab Dr. Goebbels unter stürmischem Beifall die Antwort: „Das bezahlen wir alle, indem jeder sich etwas einschränkt. Wenn wir uns andere Völker ansehen, die heute um die Interessen der Nation willen viel größere Opfer auf sich nehmen, dann müssen die Klagen um Butter und Schweineschmalz schnell verstummen."

Japans Forderungen an Nanking.

DNB **Tokio, 23. November.**

Das Auswärtige Amt und die Ministerien für Heereswesen, Marine und Finanzen hielten eine gemeinsame Beratung über die Chinapolitik Japans ab. Im Kabinettsrat erstattete Außenminister Hirota über die gleiche Angelegenheit einen Bericht, worauf an den japanischen Botschafter in Nanking, Ariyoshi, neue Weisungen abgegangen sind. — Nach Meldungen der Atentur Rengo und der Zeitung „Tokio Asahi Schimbun" enthalten diese Weisungen die Forderung, die Regierung in Nanking soll der Selbstverwaltungsbewegung in Nordchina Rechnung tragen, die besondere Stellung Japans in Nordchina und in der Nachbarschaft Mandschukuos anerkennen und praktische Maßnahmen gegen die kommunistische Gefahr vorschlagen.

Wie die „Fnesa" meldet, ist es in dem mexikanischen Dorf Zapotitlic zu schweren Ausschreitungen gekommen, als kommunistische Studenten gegen einen Bischof heftige Angriffe richteten. Teile der Bevölkerung nahmen für den Bischof Partei und griffen mit Messern die Kommunisten an. Sieben Studenten wurden verletzt.

Stadt Bocholt.

Montag, den 25. November 1935.

70. Geburtstag.

§ Am heutigen Montag begeht Frau Witwe Johann Schmidt, Mittelstraße 1 wohnhaft, ihren 70. Geburtstag. Sie erfreut sich noch einer verhältnismäßig guten Rüstigkeit; lediglich die Beine und Hände streiken gelegentlich einmal. Möge der Jubilarin, die seit 40 Jahren Abonnentin des Volksblattes ist, ein sorgenfreier Lebensabend beschieden sein.

Rege Tätigkeit

in der Ortsgruppe Ost der NS. Frauenschaft.

§ Im Bürgerkrug fand eine Pflichtversammlung der Ortsgruppe Bocholt-Ost der NS. Frauenschaft statt, auf der den anwesenden Frauen von der Ortsfrauenschaftsleiterin der Aufbau und der Pflichtenkreis ihrer Organisation dargelegt wurde. Die NS. Frauenschaft ist die Zusammenfassung aller wirklich nationalsozialistischen deutschen Frauen; in jeglicher Frauenarbeit beansprucht sie daher die Führung. Ihre Hauptaufgabe ist die Erziehung der Frau zum Nationalsozialismus. Für die Lösung der kulturpolitischen, sozialen, volkswirtschaftlichen oder anderen Fragen werden die entsprechenden Fachverbände herangezogen. Der Kreis Borken-Bocholt hat zurzeit 18 Ortsgruppen; die Ortsgruppe Bocholt-Ost ist in drei Zellen eingeteilt, die sich wieder in Blocks gliedern. Die Frauenschaft will auch mit dem BDM. arbeiten; sie will eine Jugendgruppe schaffen als Verbindung zwischen BDM. und der Frauenschaft, die die Mädchen ab 21 Jahren erfassen soll, die sich noch nicht alt genug dünken, mit älteren Frauen zusammen zu sein. Diese Jugendgruppe soll der jungen Generation das Hineinwachsen in das Aufgabengebiet der Frauenschaft erleichtern. Anschließend gab die Ortsfrauenschaftsleiterin einen Tätigkeitsbericht, aus dem hervorging, daß die Frauenschaft Bocholt-Ost versucht, ihren Pflichten nachzukommen. Insbesondere wurden beinahe 1000 Büchsen Obst für die Winterhilfe eingekauft. Ferner finden Bastelkurse, Turnübungen, Schulung im Luftschutz usw. statt. Im weiteren Verlauf der Versammlung sprach die Untergauführerin des BDM. U. Schabrack über die Organisation und das Aufgabengebiet des BDM. Einige heitere Vorträge folgten, und dann klang die Versammlung mit einem Siegheil und dem Horst-Wessel-Lied aus.

Ein netter „Kriminalbeamter"

bestiehlt und bedroht seinen Zechgenossen.

§ In der Nacht zum Sonntag dehnten mehrere Männer eine Bierreise bis in den Sonntagmorgen hinaus. Als man sich schließlich gegen 4 Uhr auf dem Barloer Weg wiederfand, gerieten zwei der Zechgenossen in Streit, von dem allerdings noch nicht feststeht, ob er echt oder nur inszeniert war. Diese Anmerkung ist deshalb wichtig, weil der eine der „Streitenden" nachher die betrübliche Feststellung machen mußte, daß ihm 37 ℳ in Silbergeld, die er vorher in der Wirtschaft noch gehabt hatte, fehlten. Das Geld kann, wie der also Erleichterte nachher auf der Polizeiwache angab, nur sein Zechkumpan gestohlen haben. Als solcher wurde denn auch ein etwa 25jähriger Mann aus Bocholt ermittelt, der sich, wie sich weiter herausstellte, bei der Balgerei als Kriminalbeamter ausgegeben und seinem Gegner sogar die Pistole auf die Brust gesetzt haben soll. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen, so daß der „mysteriöse" Fall wohl bald aufgehellt werden dürfte.

Gefährliche Körperverletzung.

p. In der Nähe des Stadtwaldlagers wurde eine Person überfallen und mit einem Stein ins Gesicht geschlagen und verletzt. Der Mann hatte einen Hund bei sich, der die vorbeikommenden Personen anfiel. Als sich die Person dieses verbat und darauf hinwies, daß er seinen Hund bei sich halten sollte, wurde er überfallen und mit dem Stein im Gesicht erheblich verletzt. Er mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Besitzer des Hundes soll in der Marienstraße wohnen.

Verkehrsunfall.

p. An der Ecke Schwartzstraße-Münsterstraße wurde von einem Milchfuhrwerk eine Radfahrerin angefahren. Der Milchfuhrmann hatte zu spät das Richtungszeichen gegeben. Die Radfahrerin kam zu Fall, und das Fahrrad wurde beschädigt. Personenschaden ist nicht entstanden.

p. Sprengung. Im Südwall wurde in dem Garten von Herding eine Sprengung vorgenommen. Die Sprengung verlief ordnungsmäßig.

Männerchor oder Gemischter Chor?

Der Standpunkt der Männerchöre: „Der Gemischte Chor mag ruhig kommen, aber man möge uns in Ruhe lassen".

§ **Bocholt**, 25. November.

Gestern mittag fand in der „Schnigge" die vom Obmann der Sängergruppe Bocholt im Deutschen Sängerbund, Josef Schaaff, einberufene Sängerversammlung statt, auf der Stellung zu der beabsichtigten Gründung eines Gemischten Chors genommen werden sollte. Recht zahlreich waren die Mitglieder aus den einzelnen Bocholter Männergesangvereinen der Einladung gefolgt, ein Beweis, daß das „Bocholter Chorproblem" allgemein Beachtung findet. Der Einberufer eröffnete die Versammlung der Arbeitsgemeinschaft und hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Sofort erteilte er an

Kreisführer Fritz Tenbrock

das Wort, der zu Beginn seiner Ausführungen darlegte, daß er es für seine Pflicht halte, als Kreisführer zu dem angeschnittenen Thema zu sprechen. Sodann hob er die Bedeutung des Männerchorgesanges im allgemeinen hervor, wobei er das Wort des Führers zitierte: „Ein Wille muß uns beherrschen, eine Einheit müssen wir bilden, eine Disziplin muß uns zusammenschmieden; ein Gehorsam und eine Unterordnung muß uns alle erfüllen; denn über uns steht die Nation". Sodann fuhr der Redner etwa fort: Kultur und Kunst kann nicht befohlen werden. Die Losung des Deutschen Sängerbundes, das gute Alte mit dem guten Neuen zu verbinden, ist auch unsere Losung. Wir wollen nicht durch die alte Brille sehen. Seit längerer Zeit ist der Ruf nach frischerem Leben auch innerhalb der Männergesangvereine immer lauter geworden. Es geht nicht an, daß der Männerchor ein für sich bestehender, nach außen hin abgeschlossener Körper im Volksleben ist, ohne Rücksicht auf die Umwandlungen der Zeit. Die Vereinsführer und Chorleiter müssen sich auf die Wünsche des Deutschen Sängerbundes umstellen. Mit Geselligkeit und Chorproben allein ist es nicht getan. Man fordert heute mit Recht eine Neuorientierung, Vertiefung des Gemeinschaftsverhältnisses.

In seinen weiteren Ausführungen verkannte der Kreisführer nicht die Gefahren, die dem Männerchorwesen drohen, anderseits aber warnte er nachdrücklichst vor Neuerungsbestrebungen, die von Außenseitern an die Männerchöre herangetragen würden, die nicht aus der Praxis für die Praxis erfolgten und die der Eigenart des Männerchors Abbruch tun würden. Das freie, freudige Männerchorsingen der Männerchöre müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Anderseits erwarte der Deutsche Sängerbund, daß man dem Beispiel von SA, HJ und BDM folgend auch nach außen hin beweise, daß man eine „singende Mannschaft" sei, daß man nicht nur ein Lied und die erste Strophe eines Liedes beherrsche, sondern daß man die Lieder ganz singe. Aber, so betonte der Redner, wir wollen nicht nur eine singende Mannschaft bleiben, sondern wir streben nach etwas Höherem.

Dann kam der Kreisführer auf die Bocholter Verhältnisse zu sprechen und betonte, der Männerchor habe auch in Bocholt trotz seiner Entwicklungsfehler Werte auf Werte gehäuft. Die Sängerfeste gehörten mit zum eisernen Bestand deutschen Volkstums. In früherem Jahren hätten die Vereine eine gewisse Rückenstärkung an ihren passiven Mitgliedern gehabt, deren Zahl aber in den letzten Jahren in allen Vereinen mehr oder weniger abgenommen habe. Das liege daran, daß die infrage kommenden Personen nicht mehr das Geld hätten, um so und so vielen Vereinen als passive Mitglieder angehören zu können. Weiter dürfe man angesichts des schlechten Besuches der Männerchorkonzerte nicht vergessen, daß die Ueberschwemmung mit mechanisierter Musik im Rundfunk den Konzerten gewaltigen Abbruch tue. Angesichts dieser Schwierigkeiten solle man das Kunststreben der Männerchöre nicht unterbinden, sondern fördern. Hier seien große Kulturwerte zu erhalten, deren Vernichtung ungeheuren Schaden zur Folge habe.

Auf das eigentliche Thema kommend führte der Redner etwa aus: Hier heiße es zunächst: Ruhe bewahren. Man solle sich nicht bedingungslos allem Neuen verschreiben. Eines zieme sich nicht für alle. Der Chorleiter müsse sich immer seiner Führerrolle im kleinen Kreise bewußt sein; er müsse die Lebensbedingungen seines Chors, die Wünsche und Schmerzen seiner Sänger kennen. Der Redner schloß mit dem Wort: „Vereinter Kraft gar oft gelingt, was einer nicht zustande bringt".

Anschließend verlas der Versammlungsleiter ein an ihn gerichtetes

Schreiben des Oberbürgermeisters Irrgang,

in dem dieser sich als Einsender des auch von uns veröffentlichten Artikels „Gibt es für Bocholt eine musikalische Frage?" bekannte und nochmals seinen Standpunkt zu der ganzen Anlegenheit darlegte.

Es schloß sich

eine rege Aussprache

an, in der zunächst der Führer des Quartettvereins Bocholt, Franke, das Wort nahm; er bedauerte es, daß der „alte Sänger" (der das Eingesandt „der erste Schritt — ein falscher Schritt" veröffentlicht hatte) nicht anwesend sei, um die neuen Wege, die der Chorgesang in Bocholt zu gehen habe, zu zeigen.

Herr Schulz vom MGV. „Volkslied" (früher Evangelischer Gesangverein) meinte, der „alte Sänger" gehöre wohl zu den Außenseitern, zu den Meckerern. Im übrigen ist dieser Redner der Auffassung, daß der geplante Gemischte Chor ein Fiasko erleben werde; denn in ihm würden sich die Meckerer zusammenfinden, denen es in ihren bisherigen Vereinen nicht gepaßt habe. Man kenne diese Leute, die an diesem Strick zögen, es seien die Unzufriedenen des Sängerbundes. Diese Leute könnten ruhig ihren Gemischten Chor gründen, aber sie sollten die anderen Sänger in Ruhe lassen. Wie sich der neue Chor entwickele, werde man ja in einem Jahr sehen.

Herr Wilms vom MGV. „Sängerlust" weist die Ausdrücke „Familienklüngel" und „Vereinsmeierei", die in dem oben angeführten Eingesandt gebraucht worden sind, entschieden zurück. Die Männerchöre könnten für sich in Anspruch nehmen, zu einer Zeit, als allüberall die Gassenhauer erklungen seien, das schöne deutsche Volkslied gehegt und gepflegt zu haben. Herr Schulz richtete zum Schluß einer Ausführungen einen Appell an die Sänger, sich mehr als bisher zusammenzuschließen.

Der Versammlungsleiter Schaaff faßte den Standpunkt der Anwesenden wie folgt zusammen:

Wir sind nicht gegen einen Gemischten Chor, man möge ihn ruhig gründen, aber man möge uns in Ruhe lassen.

Der stellv. Vereinsführer des Quartettvereins Bocholt, Franz Tenbrock, erinnerte noch daran, wie vor einigen Jahren der Musikverein ein größeres Werk aufgeführt habe. Damals habe sich der Quartettverein zur Verfügung gestellt, aber bittere Erfahrungen machen müssen. Er könne nur warnen vor einem Gemischten Chor, in dem mitzusingen gefährlich sei.

Auf eine Anspielung des Vorredners erwiderte Kreisführer Tenbrock, der Herr Oberbürgermeister habe ihm gelegentlich einer Unterredung, in der auch über den Gemischten Chor gesprochen worden sei, erklärt, ein Gemischter Chor, in dem, wie es früher war, nur der Kastengeist regiert habe, komme heute auf keinen Fall mehr infrage. An diesem Kastengeist aber sei damals, wie Herr Tenbrock weiter darlegte, der Gemischte Chor zugrunde gegangen. Wir aber wollen, so führte der Redner aus, eine einige Sängerschaft bilden, die ein Gegengewicht ist zu dem Gemischten Chor, der ruhig kommen mag. Das gibt dann ein schönes Wetttämpfen. Wir Sänger aber wollen beweisen, daß das Männerchorwesen in Bocholt nach wie vor seine Berechtigung hat.

Nach einigen weiteren Bemerkungen verschiedener Redner schloß Obmann Schaaff die Versammlung mit einem Siegheil auf den Führer und Förderer des deutschen Liedes, worauf das Horst-Wessel-Lied und der Westfälische Sängergruß gesungen wurden.

Großer Erfolg der Kaninchenschau.

Der Oberbürgermeister als Gast.

k. Die Schau der Kaninchenzüchter der Fachgruppe Bocholt ist beendet. Diese Ausstellung, deren Prämiierungsergebnisse wir bereits in unserer Sonntagsausgabe veröffentlichten, brachte den Züchtern wohl den bisher größten Erfolg. Das ausgestellte Tiermaterial war von hervorragender Qualität und ein Beweis der unentwegten Arbeit der einzelnen Züchter um die Verbesserung der Rasse. An beiden Tagen wurde die Ausstellung von überaus zahlreichen Tierliebhabern aufgesucht. Der gute Besuch läßt die Schlußfolgerung zu, daß man in weitesten Kreisen der Bevölkerung die große Bedeutung der Kleintierzucht und besonders der Kaninchenzucht erkannt hat.

Die Ausstellung wurde am Sonnabendnachmittag vom Kreisfachgruppenvorsitzenden Paul Beenen mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet. Der Redner entbot besonders den Ehrengästen, unter denen man Oberbürgermeister Irrgang, Frau Stoll von der NS. Frauenschaft, Schlachthofdirektor Dr Hintzen sowie den Vertreter der Stadtgruppe der Kleingärtner und Kleinsiedler bemerkte, ein herzliches Willkommen. An Hand von Zahlen zeigte der Kreisfachgruppenvorsitzende dann die großen Erfolge und Ergebnisse der Kleintierzucht in Bocholt auf. Hierauf nahm Ausstellungsleiter Karl Kreilkamp das Wort, um in seinen Ausführungen besonders auf die Arbeit und Bedeutung der Kaninchenzucht in heutigen Deutschland hinzuweisen. Mit dieser Ausstellung wolle man den Außenstehenden einen Einblick in die Organisation der Kleintierzüchter geben und ihnen die unermüdliche und aufopferungsvolle Tätigkeit der Züchter vor Augen führen.

Sodann wurde die Veranstaltung der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Ehrengäste unternahmen einen Rundgang durch die Ausstellung; sie sprachen sich sehr lobend über das Gezeigte aus.

Welch reges Interesse die Schau gefunden hat, mag man daraus ersehen, daß Besucher aus Emmerich, Rhede, Oberhausen usw. anwesend waren. Der große Erfolg der Veranstaltung mag allen Züchtern ein Ansporn sein, sich weiter wie bisher für die Hebung der Kleintierzucht in Bocholt einzusetzen.

Schwiegertochter contra Schwiegervater.

p. In der Scheibenstraße holte eine Schwiegertochter bei dem Schwiegervater unberechtigt Sachen aus der Wohnung. Die Parteien baten um polizeilichen Schutz, wurden aber auf dem Privatklageweg verwiesen.

p. **Angezeigt wurden** zwei Personen wegen Radfahrens ohne Beleuchtung und ohne Glocke sowie weitere zwei Personen wegen Radfahrens ohne Rückstrahler. Ferner wurden drei Personen wegen sonstiger Uebertretung von Verkehrsvorschriften gebührenpflichtig verwarnt.

Versammlung der Antoniusschützen.

g. **Bocholt**, 25. November.

Die am gestrigen Vormittag im Vereinslokale „Zum großen Kurfürsten" stattgefundene Mitgliederversammlung der St. Antoniusschützen hatte leider einen schwachen Besuch aufzuweisen. In Verhinderung des erkrankten Präsidenten Holtschlag eröffnete der

Vizepräsident Johann Schmitz

die Versammlung mit dem Hitlergruß und hieß die anwesenden Schützenbrüder, besonders das Ehrenmitglied Polizeikommissar i. R. John, herzlich willkommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man der Gefallenen des Vereins, des Weltkrieges und der Bewegung, besonders der Opfer des 9. November 1923 durch Erheben von den Plätzen.

Hierauf gab der Leiter der Versammlung den Mitgliedern von der Krankheit des Präsidenten Kenntnis und gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß letzterer bald wieder in ihrer Mitte erscheinen würde. Gleichzeitig machte der Vizepräsident auch die traurige Mitteilung, daß das Sehvermögen des Ehrenpräsidenten Hogenkamp, den er kürzlich besucht hatte, fast vollständig verloren sei, was allgemein mit dem Ausdruck des Bedauerns aufgenommen wurde. Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Das vom ersten Schriftführer Alois Kampshoff verlesene Protokoll der letzten Versammlung wurde ohne Aussprache gutgeheißen. Das diesjährige Weihnachtsfest soll am 29. Dezember im Vereinslokale stattfinden. Dem Vorstande soll die nähere Ausarbeitung der Feier überlassen bleiben.

Das Patronsfest wird am dritten Sonntag im Januar nächsten Jahres in hergebrachter Weise in der St. Georgskirche gefeiert; der Vizepräsident lud schon jetzt alle Schützenbrüder zu dieser traditionellen Feier ein.

Der vierte Punkt der Tagesordnung

Schießsport und Anschaffung von Gewehren

brachte eine lebhafte und anregende Aussprache; ein Beweis, daß dieser Sport auch bei den Antoniusschützen recht viel Anklang findet und zwar nach der bekannten Devise: „Ueb' Aug' und Hand für's Vaterland!" Mit Recht meinte der sonst um das Kassenwesen sehr besorgte Finanzminister des Vereins, daß er viel lieber das nötige Geld hergeben würde zur Anschaffung von Gewehren als für Biermarken. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, auf Kosten des Vereins drei Gewehre anzuschaffen. Zum außerordentlichen Schießwart des Bataillons wurde Oberst Rumswinkel und zu dessen Stellvertreter Polizeikommissar i. R. John bestimmt, während die Funktionen eines Schieß-Schriftführers dem Vorstandsmitglied Horstick übertragen wurden. Als Kompagnie-Schießwarte wurden ernannt August Geuting (1. Komp.), Emil Ent (2. Komp.), Johann Biermann (3. Komp.) und Willi Kohlbecher (4. Komp.) Nachdem Oberst Rumswinkel noch die Schießbedingungen verlesen hatte, regte das Ehrenmitglied John die Abhaltung von Preisschießen an, verbunden mit Verleihung von Ehrennadeln, Plaketten usw. an die besten Schützen. Dieser Anregung soll, wie der Leiter der Versammlung bemerkte, in der nächsten Vorstandssitzung näher getreten werden.

Unter „Verschiedenes" wurde noch ein Schreiben der 3. Kompagnie verlesen, wonach u. a. der Antrag gestellt wurde, daß bei neu aufzunehmenden Mitgliedern der Aufzunehmende statt wie bisher 18 jetzt 24 Jahre alt sein muß. Die Beschlußfassung über diesen Antrag soll der nächsten Versammlung vorbehalten werden.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, schloß Vizepräsident Schmitz die anregend verlaufene Versammlung mit dem deutschen Gruß.

Luftschutzlehrgang in Dingden.

i. **Dingden**, 23. November.

Unser sonst so friedliches Dörfchen stand am vergangenen Freitag ganz im Zeichen des Luftschutzes. Hatte doch in der Zeit vom 18. bis zum 23. November ein Luftschutzlehrgang stattgefunden, für den sich über 100 Personen zur Verfügung gestellt hatten. Während für die ersten Tage fast ausschließlich theoretischer Unterricht vorgesehen war, der in den Klassenzimmern und auf dem Schulhofe der hiesigen Volksschule stattfand, war der Freitag mit praktischen Vorführungen ausgefüllt. Hieran nahm außer den Luftschutzschülern und -schülerinnen auch eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr teil. Außerdem hatte sich eine große Zahl Interessenten eingefunden, die mit Spannung den Vorgängen folgten. Und man kann wohl sagen, daß dem Uneingeweihten die Sache etwas „brenzlich und gefährlich" vorkam. Hatte man doch auf dem Söller des Schulhauses die Balken und Sparren mit Stroh umwickelt und dann die ganze Geschichte einfach in Brand gesteckt, so daß das Dach der Schule, von außen gesehen, einem ausbrechenden Brand nicht unähnlich sah. Aus allen Ecken brach der Rauch in großen Schwaden hervor. Außerdem hatte man Kellerräume, Flur und Klassenzimmer unter Rauch gesetzt. Und dann kam der Knalleffekt: ein vorgetäuschter „Fliegerangriff". Eine Bombe nach der anderen kam mit einem pfeifenden Geräusch zur Erde nieder, um dann mit kanonenähnlichem Knall zu explodieren. Natürlich waren die Bomben und Granaten nichts weiter als Attrappen, die ganz ungefährlich waren, also keinerlei Schaden anrichten konnten. Jedoch verfehlten sie auf die Zuschauer die moralische Wirkung nicht. Man glaubte sich an die Front versetzt, wo ein erbitterter Luftkampf eingesetzt hatte. Ein auf dem Schulhofe provisorisch aufgebauter Holzschuppen war bereits von Brandbomben getroffen und stand in hellen Flammen. Während es Aufgabe der Feuerwehrabteilung war, diesen Brand zu löschen, waren die Luftschutzschüler, die mit Gasmasken ausgerüstet waren, bemüht, die in den Kellerräumen befindlichen Gasvergifteten ans Tageslicht zu schaffen. Ein anderer Trupp hatte die Aufgabe, das in den Giebelräumen ausgebrochene Feuer zu löschen. So arbeiteten alle Hand in Hand, um für einen eventuellen Ernstfall gerüstet und aufgeklärt zu sein. Anschließend gab der Leiter der Luftschutztruppe den Zuschauern in kurzen Ausführungen einen Ueberblick über das Vorgefallene.

Abends um 8 Uhr fand dann im Hengstermannschen Saale eine Versammlung statt, die vom örtlichen Luftschutzleiter Hermann Hitpaß eröffnet wurde. Er dankte den zahlreich Erschienenen für ihr Interesse. Dann sprach der Leiter der Luftschutztruppe, Altmann, in eingehender Weise über Zweck, Aufgaben und Ziele des Reichsluftschutzbundes. Der Reichsluftschutzbund sei vom Reichsluftfahrtminister General Göring ins Leben gerufen worden, und es sei Pflicht eines jeden Deutschen, dem Luftschutz beizutreten. Die Aufgabe des Luftschutzbundes bestehe darin, die zivile Bevölkerung dahingehend zu schulen, daß sie bei einem eventuellen Luftangriff weiß, wie sie sich zu verhalten hat. An allen Orten des Reiches sollen Ortsgruppen und Stützpunkte errichtet werden, die ihre Mitglieder mit den Verhaltungsmaßregeln bei Angriffen aus der Luft vertraut machen sollen. Der Mitgliedsbeitrag betrage im Jahr nur 1 RM. und es sei gewiß jeder in der Lage, diesen niedrigen Betrag zu zahlen. Nachdem man noch einige Proben von der schwierigen Löschung einer Brandbombe gegeben hatte, wurde die Versammlung mit einem Dank an die Luftschutztruppe und an die Schüler und mit einem dreifachen Siegheil auf den Führer Adolf Hitler geschlossen.

Verkehrskontrollen

auch im Kreis Borken.

§ Wie in der Stadt Bocholt so wurde am vergangenen Freitag auch im ganzen Landkreis Borken durch ein großes Aufgebot von Gendarmerie, Polizei, Feldjägern und der neuen Feld- und Firstpolizei eine umfassende Verkehrskontrolle durchgeführt. Es zeigte sich, daß sich doch schon vieles gebessert hat. Aber immerhin mußten noch zahlreiche Fahrzeuge, bei denen Beleuchtung, Schlußlicht, Rückstrahler, Bremse oder Glocke nicht in Ordnung waren, sichergestellt werden. Zu bemängeln ist daß Radfahrer nur ungenügend Richtungszeichen geben und daß die Fußgänger sich recht undiszipliniert verhalten. Man geizte nicht mit gebührenpflichtigen Verwarnungen, die hoffentlich dazu beitragen, die Verkehrssünder zur Raison zu bringen.

Stadt Wesel.

Vorleseabend der Stadtbücherei.

In Fortsetzung des ersten Leseabends in diesem Winter wird Stadtbibliothekar Dr. Metzmacher am Dienstag, dem 26. November, volkhafte Dichtung vortragen. Es wird ein Ausschnitt aus dem Schaffen der Dichter Emil Gött, Hans Franck, Jakob Schaffner u. a. geboten werden. Der Vorleseabend findet um 20 Uhr im Lesesaal der Stadtbücherei statt.

Hohes Alter. Unser Mitbürger, Herr Rentner Wilhelm Nienhaus, Wesel, Reeser Landstraße 23 I, vollendet am heutigen Montag sein 79. Lebensjahr. Der alte Herr erfreut sich trotz seines hohen Alters noch verhältnismäßig guter Rüstigkeit. Zu seinem Ehrentage entbieten wir ihm recht herzliche Glückwünsche.

Unterschlagung. Zur Anzeige gelangte, wie der Polizeibericht meldet, eine Person wegen Unterschlagung.

Die Annahmestelle des **Volksblattes** für **Abonnements und Anzeigen** befindet sich in **Hamminkeln** bei **W. Hengstermann**

Ebenso Annahme für Trauerdrucksachen in wenigen Stund.

Kunstausstellung
1935
in Wesel
Hotel Escherhaus
Eröffnung: Donnerstag, 28. November
Schluß: Dienstag, 3. Dez.
Kollektiv-Ausstellung des Bildhauers
Archilles Moorgart
Plastik und Gemälde des Kunstmalers
Josef Langohr
Gemälde
Geöffnet täglich von 10-20 Uhr
Eintritt frei.